

Ertl, Josef; Mansholt, Sicco L.; Rehwinkel, Edmund; Buchholz, Hans E.; Heereman, Constantin

Article — Digitized Version

Unruhe an der Grünen Front

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Ertl, Josef; Mansholt, Sicco L.; Rehwinkel, Edmund; Buchholz, Hans E.; Heereman, Constantin (1971) : Unruhe an der Grünen Front, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 51, Iss. 5, pp. 235-252

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/134260>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Unruhe an der Grünen Front

Bauerndemonstrationen sind an der Tagesordnung. Was sind die tieferen Ursachen für die steigende Unzufriedenheit unter den Landwirten, und wie kann der Unruhe begegnet werden?

Kein besseres Ergebnis für die Landwirtschaft möglich

Josef Ertl, Bonn

Der Ablauf der Ereignisse ist bekannt: Seit dem Herbst des vergangenen Jahres nahmen die Appelle, Proteste und Demonstrationen der Bauern zu. Gleichzeitig wurden die in solchen Formen geäußerten Unruhen im Inhalt dringlicher, in der Präsentation nachdrücklicher. Das Interesse, vielfach auch das Verständnis der außerlandwirtschaftlichen Öffentlichkeit für die Probleme der Landwirte wurde bis zum Finale, der Demonstration vom 23. März in Brüssel, größer. Dort aber endete mit einem Mißklang, was Schlußakkord hätte sein sollen: Radikale Auswüchse am Rande der Demonstration verfälschten das Bild und erweckten beim Außenstehenden, das heißt der nicht landwirtschaftlichen Bevölkerung, nicht die wünschenswerten und weitgehend auch berechtigten Zu-

stimmung, sondern provozierte emotionale Reaktionen.

Damit wurde eine Chance, die Meinung der Öffentlichkeit zum Bundesgenossen des eigenen Anliegens zu machen, vielleicht nicht vertan, aber doch geschmälert. Dabei sind die Unruhen der Landwirte, geht man ihren Ursachen nach, durchaus berechtigt. Vielfach werden ökonomische Zusammenhänge allein als ursächliches Moment der Unruhen angeführt. Ohne die Bedeutung dieser Komponente schmälern zu wollen, ist hier jedoch anzumerken, daß eine solche Betrachtung zu einseitig ist. Die Ursachen der Unruhen sind vielschichtig und liegen tiefer.

Ursachen der Unruhen

Aus wirtschaftlicher Sicht bietet sich folgendes Bild: Im ab-

gelaufenen Wirtschaftsjahr stieg das Betriebseinkommen/AK gegenüber dem vorhergegangenen Wirtschaftsjahr um 11 %. Damit war der Anstieg der Einkommen in der Landwirtschaft zum einen durchaus mit demjenigen im außerlandwirtschaftlichen Bereich vergleichbar, zum anderen war er höher, als es dem langjährigen Trend innerhalb der Landwirtschaft entspricht. Von dieser Seite her läßt sich eine Unruhe in der Landwirtschaft also nicht motivieren.

Bedenklicher stimmt jedoch eine Betrachtung der wirtschaftlich relevanten Daten im laufenden Wirtschaftsjahr. Seit Juli 1970 stieg der Index der Preise für landwirtschaftliche Betriebsmittel um 2,4 %. Gegenläufig entwickelten sich die Preise für landwirtschaftliche Produkte (bis Februar 1971 - 8 %). Die Ent-

wicklung der Preise und Kosten in diesem Zeitraum läßt erwarten, daß im gegenwärtigen Wirtschaftsjahr ähnlich günstige Resultate wie im vergangenen Wirtschaftsjahr nicht möglich sein werden.

Für sich allein genommen würde dieser Umstand jedoch keine ausreichende Erklärung für die erheblichen Sorgen unserer Landwirtschaft abgeben. Unterschiedliche Wachstumsraten des Einkommens innerhalb der Landwirtschaft hat es immer gegeben. Sie sind kein Anlaß, die Situation zu dramatisieren, zumal wir uns gegenwärtig in einem für die Einkommenserwartungen in der Landwirtschaft sehr entscheidenden zyklischen Preistief bei Schlachtschweinen befinden. So sicher, wie dieser Preisverfall vorhersehbar war, so gewiß werden die Schweinepreise im Anschluß daran wieder anziehen. Neben der Entwicklung der Preise und Kosten scheinen jedoch einige andere Faktoren für die eigene Standortbestimmung der Landwirte genauso gravierend zu sein.

Einstellung der Gesellschaft

Die Landwirte sind seit geraumer Zeit in zunehmendem Maße enttäuscht von der Einstellung der Gesellschaft ihnen gegenüber. Diese Enttäuschung wird verständlich, wenn man sich vergegenwärtigt, welche Rolle unsere Landwirtschaft in der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung spielt.

Im eigenen Sektor unterzog sich unsere Landwirtschaft einem beispielhaften strukturellen Anpassungsprozeß. Seit 1960 verringerte sich die Zahl der Erwerbstätigen in der Land- und Forstwirtschaft der Bundesrepublik Deutschland um 1,2 Mill.; die Zahl der Betriebe wurde jährlich um durchschnittlich 33 000 geringer. Gleichzeitig wurde das Nahrungsmittelangebot kontinuierlich qualitativ verbessert. Neben der daraus re-

Die Autoren
unseres
Zeitgesprächs:

Josef Ertl, 46, seit 1969 Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, vertrat die Interessen der Bundesregierung in Brüssel. Der Diplomlandwirt und Oberlandwirtschaftsrat gehört dem Deutschen Bundestag (FDP-Fraktion) seit 1961 an.

Sicco L. Mansholt, 62, Dr. agr. h. c., ist seit 1958 als Vizepräsident der EWG-Kommission für die Gemeinsame Agrarpolitik verantwortlich.

Edmund Rehwinkel, 72, ist Präsident des Landesverbandes des Niedersächsischen Landvolkes, Hannover, und des Verbandes der Deutschen Milchwirtschaft, Bonn. Er war langjähriger Präsident des Deutschen Bauernverbandes und verschiedener europäischer landwirtschaftlicher Organisationen.

Hans Eberhard Buchholz, 38, Dr. sc. agr. habil., D. Phil., ist ordentlicher Professor und Direktor des Instituts für landwirtschaftliche Marktforschung der Forschungsanstalt für Landwirtschaft in Braunschweig-Völkenrode.

Constantin Freiherr Heereman von Zuydwyck, 39, trat 1969 die Nachfolge von Edmund Rehwinkel als Präsident des Deutschen Bauernverbandes an. Der gelernte Agraringenieur ist zudem seit 1968 Präsident des Westfälisch-Lippischen Landwirtschaftsverbandes, Münster.

sultierenden vollen Berücksichtigung verfeinerter Verbrauchervünsche hatte diese Entwicklung innerhalb der Landwirtschaft für den außerlandwirtschaftlichen Bereich weitere Vorteile: Es wurden Arbeitskräfte zur gesamtwirtschaftlichen Wachstums- und Wohlstandssteigerung freigesetzt, und es wurde – sozusagen nebenbei und kostenlos – die Sicherung der Umwelt, die Pflege des Bodens und die Gestaltung der Kulturlandschaft von der Landwirtschaft übernommen. Hinzu kommt der erhebliche und mit Opfern verbundene Beitrag unserer Landwirtschaft zu dem Bemühen, eine europäische Einigung herbeizuführen.

Ungünstige Rahmenbedingungen

Diese Leistungen des landwirtschaftlichen Sektors sind in einer gesamtwirtschaftlichen Umwelt zu sehen, in der höhere Verdienste, zunehmende Freizeit, bessere soziale Sicherheit und andere gesellschaftspolitische Errungenschaften längst selbstverständlich geworden sind. Die Landwirtschaft selbst jedoch genießt diese positiven Ergebnisse nur wenig:

Die soziale Sicherheit für die Landwirte ist immer noch vergleichsweise gering. Trotz zahlreicher Initiativen und erheblicher Verbesserungen auf diesem Gebiet besteht hier immer noch ein Nachholbedarf.

Das Bildungsangebot auf dem Lande ist demjenigen in städtischen Regionen noch nicht gleichzusetzen. Vor allem die Kinder von Landwirten sind die Leidtragenden dieser schlechten Startbedingungen.

Die Möglichkeiten zur Wahrung außerberuflicher Interessen sind für die Landwirte nur bescheiden. Zum einen ist ihre Arbeitsbelastung so groß, daß nur ein geringer Rest an Freizeit besteht, zum anderen sind die Alternativen zur Nutzung der

Freizeit nur spärlich. Man sollte diesen Faktor in einer Leistungsgesellschaft mit zunehmender Freizeit- und Konsumorientierung nicht unterschätzen.

Faßt man diese einzelnen und nur unvollständigen Schlaglichter zusammen, dann ergibt sich das Bild einer Landwirtschaft, die von sich aus zwar alle Anstrengungen unternimmt, die auch, das darf ich ohne Übertreibung sagen, von staatlicher Seite soweit wie irgend möglich Unterstützung findet, die sich aber mit wirtschaftlichen, sozialen und gesellschaftspolitischen Bedingungen abfinden muß, die vielfach schlechter sind als in anderen Sektoren.

Beschlossene Preiserhöhungen

Vor dem so skizzierten Hintergrund müssen die hier als bekannt vorausgesetzten Brüsseler Beschlüsse gesehen werden. Preiserhöhungen für die einzelnen Produkte, wie sie beschlossen wurden, sind, für sich allein genommen, sicher nicht voll befriedigend im Sinne unserer Landwirte. Den Möglichkeiten der Preispolitik in Brüssel sind jedoch einige, z. T. recht enge Grenzen gesetzt. Zunächst sind nur etwa 40 % der Verkaufserlöse der deutschen Landwirtschaft direkt über administrative Preisfestsetzungen beeinflussbar. Nach wie vor ist das richtige Angebotsverhalten der Produzenten ein entscheidender Faktor für die Preisentwicklung auf zahlreichen Agrarmärkten. Für die Preise, die in Brüssel angehoben wurden, galt es, das Gleichgewicht auf den betreffenden Agrarmärkten dadurch nicht zu sehr zu gefährden. Obwohl es erfreulicherweise im letzten Jahr gelungen ist, beträchtliche Überschüsse auf den am meisten strapazierten Märkten abzubauen, darf darüber nicht vergessen werden, daß dieser Erfolg nur mit Hilfe hoher finanzieller Aufwendungen möglich war und kein Ga-

rant für das Ausbleiben neuer Überschüsse sein kann. Als weiterer begrenzender Faktor für den preispolitischen Spielraum kommt hinzu, daß die Interessenlagen der Mitgliedstaaten oftmals sehr unterschiedlich sind. Berücksichtigt man diese Gegebenheiten, dann darf das erreichte Resultat, das seinem Charakter nach nichts anderes als ein Kompromiß sein konnte, aus deutscher Sicht durchaus zufriedenstellen.

Die beschlossenen Preiserhöhungen werden der deutschen Landwirtschaft Einkommenserhöhungen von etwa 800–900 Mill. DM bringen. Diesem Einkommenszuwachs müssen noch 480 Mill. DM hinzugerechnet werden, die aufgrund von Einsparungen bei EWG-Marktordnungsausgaben freigemacht wurden und die nunmehr als nationale Maßnahmen in differenzierter Form der deutschen Landwirtschaft zur Verfügung gestellt werden können. Der größte Betrag, 302 Mill. DM, wird dabei als Beitrag zur Entlastung von den Kosten für die soziale Sicherheit den Betrieben zukommen. Es ist vorgesehen, diesen Betrag zusammen mit dem DM-Aufwertungsausgleich für das Jahr 1971, der ungefähr die gleiche Höhe wie im Vorjahr erreichen wird, größtenteils noch vor der Ernte auszubezahlen.

Strukturpolitische Beschlüsse

Die deutsche Delegation hatte in Brüssel einen eigenen Vorschlag für eine Entschließung über gemeinsame Maßnahmen auf strukturellem Gebiet vorgelegt, weil die strukturpolitischen Vorstellungen der Kommission der EWG nicht den deutschen Vorstellungen entsprachen. Die nach schwierigen Verhandlungen getroffenen Beschlüsse bedeuten einen entscheidenden Schritt nach vorn. Erstmals sind Grundsätze über gemeinsame Maßnahmen auf

strukturellem Gebiet von den Mitgliedstaaten beschlossen, zu denen der Rat noch die entsprechenden Richtlinien und Verordnungen verkünden muß.

Mit diesen Regelungen, verbunden mit der Art der geförderten Maßnahmen und der Höhe der Zuschüsse aus Fondsmitteln, ist vor allem erreicht, daß keine uferlosen finanziellen Aufwendungen für solche strukturellen Maßnahmen getroffen werden, die einseitig bestimmten Mitgliedstaaten zugute kommen würden oder die sich aufgrund fehlender integrationspolitischer Fortschritte im Bereich der allgemeinen Wirtschaftspolitik über kurz oder lang als Fehlinvestitionen erweisen würden.

Zusätzliche nationale Maßnahmen

In Brüssel konnte aufgrund des begrenzten Verhandlungsspielraums und unter Berücksichtigung der sehr unterschiedlichen Interessenlagen für die deutsche Landwirtschaft kein besseres Ergebnis erzielt werden. Für die richtige Beurteilung der sich nach Brüssel ergebenden Situation ist es aber erforderlich, zum einen die schon beschlossenen zusätzlichen nationalen Maßnahmen in die Betrachtung miteinzubeziehen, zum anderen aber neben der kurzfristigen Betrachtung der heutigen Situation auch nicht die Ziele unserer Agrarpolitik und die dafür vorgesehenen Maßnahmen und geplanten Schwerpunkte aus den Augen zu verlieren.

Nach wie vor orientieren sich die Ziele unserer Agrarpolitik an § 1 LwG bzw. Art. 39 EWG-Vertrag. Sinngemäß wurden diese Ziele auch in der Regierungserklärung vom 28. Oktober 1969 bestätigt. Die dort formulierten Vorstellungen lassen sich nicht mit agrarpolitischen Mitteln allein lösen. Für die weitere Entwicklung wird es entscheidend

darauf ankommen, ein Zusammenwirken von Markt-, Preis-, Struktur-, Sozial-, Regional- und Bildungspolitik zu erreichen und im überbetrieblichen Bereich eine Integration der verschiedenen Maßnahmen in die regionale Wirtschaftspolitik herbeizuführen. Daraus ergeben sich für die agrarpolitische Arbeit im nationalen Raum folgende vorrangige Aufgaben:

- Schwerpunktmäßiger Einsatz der überbetrieblichen agrarstrukturpolitischen Maßnahmen und Abstimmung mit den Maßnahmen der regionalen Strukturpolitik. Im ländlichen Raum bedeutet dies vor allem die Schaffung weiterer attraktiver Dauerarbeitsplätze im außerlandwirtschaftlichen Bereich und Verbesserung der Infrastruktur.
- Verbesserung der Bildungs- und Ausbildungsmöglichkeiten im ländlichen Raum.

- Förderung der Vorhaben zur Verbesserung der Angebots- und Absatzstruktur landwirtschaftlicher Produkte, um dadurch die Marktposition der Landwirtschaft auszubauen.
- Vervollständigung des Systems der sozialen Sicherheit in der Landwirtschaft.

Ergänzung durch EWG-Maßnahmen

Die nationalen Maßnahmen können nur dann erfolgreich sein, wenn die auf der Ebene der EWG vordringlichen Probleme ebenfalls einer Lösung nähergebracht werden können. Von großer Bedeutung erscheinen insbesondere:

- Beseitigung von Wettbewerbsverzerrungen und Wettbewerbsbehinderungen durch Harmonisierung von Rechts-, Verwaltungs-, Steuer- und Beihilfenvorschriften.

- Fortschritte bei den Bemühungen um eine Verwirklichung der Wirtschafts- und Währungsunion, um den bisher erreichten Integrationsstand abzusichern.
- Vermeidung neuer Überschüsse auf einzelnen Agrarmärkten, um den erforderlichen preispolitischen Spielraum offenzuhalten.

Die nationalen Maßnahmen und die Maßnahmen der EWG können, auch wenn sie richtig konzipiert sind, nur dann erfolgreich sein, wenn sie von den Landwirten richtig verstanden werden. Die Landwirte müssen erkennen, daß ihnen diese Maßnahmen die Möglichkeit geben, sich innerhalb der Landwirtschaft weiterzuentwickeln oder aber sich aus der landwirtschaftlichen Erwerbstätigkeit zurückzuziehen. Es bleibt zu wünschen, daß sich die Landwirte der angebotenen Hilfestellungen bedienen.

Die Zukunft ist nicht hoffnungslos!

Sicco L. Mansholt, Brüssel

Der deutsche Dichter Friedrich Schiller läßt in seiner Trilogie „Wallenstein“ einen der Akteure sagen: „Der Bauer ist auch ein Mensch . . . sozusagen.“ In dem Zusatz „sozusagen“ kommt zum Ausdruck, was den Landwirten seit Jahrhunderten angehangen hat, nämlich mißbraucht, ausgebeutet, nur als Objekt betrachtet, ihrer Freiheit beraubt und fehlgeleitet worden zu sein. Für keinen Berufsstand ist das in ähnlichem Ausmaß der Fall. Kein Wunder also, daß gerade die Landwirte aus der jahrhundertealten Erfahrung heraus mißtrauisch gegenüber allem Neuen geworden

sind. Dieses Mißtrauen verstärkt sich noch, wenn ihnen ständig eingeredet wird, dieses Neue sei obendrein nicht nur schädlich für sie, sondern auch noch gefährlich.

Gefühl des Untergangs

Dies ist während der letzten 3 Jahre in beinahe unverantwortlicher Form von verantwortlichen Leuten, Ausnahmen bestätigen hier die Regel, teilweise sogar gegen besseres Wissen, über die Pläne der europäischen Kommission zur Reform der Landwirtschaft gesagt worden. In sehr vielen Fällen ge-

schah das sogar mit der Absicht, um politisches Kapital aus einer unsicheren Lage zu schlagen.

Wenn wir also nach der Unruhe in der Landwirtschaft forschen, die ihren Kulminationspunkt in der zerstörerischen Demonstration am 23. März d. J. in Brüssel fand, an der wohl 80 000 Landwirte teilnahmen, dann kommen wir zu dem Schluß, diese Unruhe nicht in erster Linie in wirtschaftlichen Ursachen, sondern in der geforderten Loslösung von soziologischen Bindungen suchen zu müssen. Konservativ eingestellte Agrarpolitiker wollen diese Ver-

änderung der soziologischen Bindungen nicht, da sie ihr Weltbild umkehrt und ihren (vermeintlichen) Interessen zuwiderläuft. Sie rufen lieber nach höheren Preisen, die aber die Probleme der Landwirtschaft nicht lösen können.

Es hat sich nämlich allmählich als eine Grundwahrheit herumgesprochen, daß sich die Strukturen unserer Gesellschaft in diesen Tagen entscheidend wandeln. Kein Lebensbereich bleibt von diesem Vorgang verschont. So verbreitet sich ein Gefühl der Unsicherheit, teilweise sogar der Angst. Ganz besonders sind die Landwirtschaft und die in jahrhundertalten Anschauungen und Traditionen verwurzelte landwirtschaftlich tätige Bevölkerung davon betroffen. Bei ihr greift deshalb ein Gefühl des Untergangs um sich.

Animositäten gegenüber Brüssel

Aus eigener Anschauung und Erfahrung weiß man, wie kompliziert die agrarpolitischen Probleme in allen Ländern geworden sind. Der sog. „Mann auf der Straße“, auch Verbraucher oder Steuerzahler genannt, der in agrarpolitischen Fragen im allgemeinen ein Laie ist, der nur die Preisforderungen der Landwirtschaftsorganisationen und von Subventionen für die Landwirtschaft hört, dieser Zeitgenosse kann kaum mehr die Zusammenhänge der Verhandlungen und Vereinbarungen übersehen, geschweige denn verstehen. Das gleiche gilt für den Landwirt selbst, um dessen Schicksal es bei den Verhandlungen geht. Ähnliches ergibt sich für die agrarpolitisch Verantwortlichen, nämlich „Ein Nichtverstehen-Wollen“, anstatt sich mit europäischen politischen Gedankengängen herumzuschlagen. Die Probleme der Landwirtschaft sind zu Hause schon schwer genug!

Allein von daher ergibt sich schon eine Animosität gegen

„Brüssel“, gegen den Kommissions-Plan. Diese Animositäten steigern sich aber zum Protest, wenn obendrein noch gefordert wird, die eigenen Interessen den gemeinsamen Interessen der Mitgliedsländer unterzuordnen. Bisher ist es immer noch gelungen, durch zähe und geduldige Verhandlungen die Gemeinsamkeit festzuhalten, der Zwang zu gemeinsamen Beschlüssen ist im wirtschaftspolitischen Bereich der Landwirtschaft schon seit langem unausweichlich, so daß die Ausbruchsversuche einzelner Mitgliedstaaten doch letztlich immer wieder gescheitert sind. Am 25. März hat der Rat nun zum erstenmal strukturpolitische und sozialpolitische Beschlüsse gefaßt. Dies scheint mir ein hoffnungsvolles Zeichen sowohl für die Erkenntnis des wirklichen Sachverhalts als auch für die zukünftige Entwicklung zu sein.

Industrie bestimmt die Lebensform

Heute bestimmt nicht mehr die Landwirtschaft, sondern die Industrie die Lebensform des Menschen, und in der Verbindung damit wird die bisherige kleinbäuerliche Struktur unserer Agrargesellschaft von neu entstehenden Großstrukturen der industriellen Gesellschaft einfach überrollt. Das Ergebnis ist uns bekannt; das ländliche Dorf und die bäuerliche Familie sind in eine Grundlagenkrise geraten. Sie müssen sich der neuen Gesellschaft anpassen, ob sie wollen oder nicht. Diese Anpassung finden wir bereits in den neuen Wirtschaftsformen der Veredelungserzeugung vor, wo die Haltung nur weniger Schlachthühnchen oder Schweine von der industriell betriebenen Massentierhaltung abgelöst wird. Durch diesen Wandel ist die landwirtschaftliche Bevölkerung am stärksten betroffen und reagiert darauf zunächst mit der Weigerung, diesen Wandel mitzumachen, der

für sie praktisch in der europäischen Agrarpolitik zum Ausdruck kommt.

Hinzu treten die wirtschaftspolitischen und einkommensmäßigen Schwierigkeiten, die jedoch zum großen Teil das Ergebnis der strukturellen Unzulänglichkeiten in der Landwirtschaft sind. Dies wird zu sozialen Spannungen führen, die immer mehr zunehmen. Die Lohnerhöhungen in einzelnen Ländern unserer Gemeinschaft beliefen sich im Jahre 1970 auf 14%, also mehr als die allgemeine Produktivitätssteigerung, so daß starke Preis- und Kostenerhöhungen, verbunden mit einer schleichenden Geldentwertung, die Folge waren. Mit dieser Entwicklung konnten unsere Landwirte mit ihren veralteten Strukturen nicht Schritt halten. Ein Blick auf die hier vorliegenden Verhältnisse bestätigt dies.

Jeder vierte der augenblicklich 6 Millionen landwirtschaftlichen Betriebsleiter in der EWG wäre z. B. in der nicht-landwirtschaftlichen Wirtschaft bereits pensioniert, weil er das 65. Lebensjahr überschritten hat. In der Landwirtschaft arbeitet er aber weiter. Über die Hälfte, nämlich 55% der landwirtschaftlichen Betriebsleiter in der EWG, sind heute bereits über 55 Jahre alt. Mittlerweile haben sich 15% der Landwirte in der EWG außerhalb der Landwirtschaft eine Nebenbeschäftigung suchen müssen, in der BR Deutschland sogar 27%. Sie nennen sich Neben-erwerbs- oder Zuerwerbslandwirte und müssen zwei Herren dienen — ihrem neuen außerlandwirtschaftlichen Beruf und ihrem alten landwirtschaftlichen Betrieb. Drei Viertel der heute hauptberuflichen Betriebsleiter haben keinen Nachfolger. Jeder dritte Betrieb in der EWG hat nicht einmal genügend Beschäftigungs- geschweige denn Verdienstmöglichkeit für eine Vollarbeitskraft. Nur 6% der land-

wirtschaftlichen Betriebe in der EWG haben eine Buchführung.

Differenzierte Einkommenslage

Angesichts dieser Zahlen, die nur einen Ausschnitt des wirklichen Problems darstellen, ist es eigentlich überflüssig, noch besonders begründen zu müssen, daß mit Preis- und Marktpolitik allein keine Besserung der Lage herbeigeführt werden kann.

Nun wäre es falsch, alle Landwirte über einen Leisten schlagen zu wollen. Es gibt kaum einen Berufszweig, wo die Einkommen so verschieden gestaltet sind wie in der Landwirtschaft. Es gibt landwirtschaftliche Betriebe, die bei gleich gelagerten strukturellen und marktwirtschaftlichen Verhältnissen sowie gleichen Größenverhältnissen eine Verzinsung des eingesetzten Kapitals von +16% aufweisen, andere unter gleichen Umständen einen Zinsverlust von 12%. Dies entspricht einem Unterschied innerhalb der Landwirtschaft von über 200%. Alles das zeigen einwandfrei und unbestechlich die Buchführungsergebnisse von buchführenden landwirtschaftlichen Betrieben.

Wo die Größenverhältnisse in Ordnung sind oder eine durchdachte, standortorientierte Spezialisierung auf kleineren Betrieben stattgefunden hat, kann der Vergleichslohn erzielt werden und ist eine befriedigende Verzinsung des Kapitals möglich.

Bezogen auf die Gesamtheit der Landwirte handelt es sich dabei jedoch nur um 15–20%. Mehr als 80% der Landwirte erreichen also den Vergleichslohn nicht. Eine weitere Unterteilung läßt erkennen, daß die Einkommenslage bei den Grünland- und Futterbaubetrieben schlechter ist als bei den Hackfrucht- und Getreidebaubetrieben. Das ist die Ausgangssituation, in der die Agrarpolitik sich heute befindet.

In der klaren Erkenntnis, daß die Agrarpolitik der EWG im Hinblick auf den Strukturwandel der Landwirtschaft in den sechs Mitgliedstaaten — denn nur durch einen solchen Strukturwandel kann die Agrarfrage gelöst werden — für die Betroffenen der Ausdruck des Neuen und Unbekannten ist, gegen die sich ein geschürter Widerstand richtete und die als das Werk blindwütiger Technokraten denunziert wurde, müssen folgende Schlußfolgerungen gezogen werden:

Um diesen Widerstand zu überwinden, genügt es nicht, die bisherige gemeinsame Agrarpolitik konsequent weiterzuführen, was mehr oder weniger selbstverständlich ist. Vielmehr wird es notwendig sein, die Zusammenhänge sichtbar und verständlich zu machen, die für die heutige Lage kennzeichnend sind.

Diese Aufgabe kann die Kommission nicht allein meistern. Sie bedarf dazu einer bereitwilligeren Mithilfe politischer und amtlicher Stellen sowie der Berufsorganisationen, als das in der Vergangenheit der Fall gewesen ist. Unsere Landwirte müssen davon überzeugt und dahingehend aufgeklärt werden, daß ihre Zukunft nur im europäischen Rahmen gesehen werden kann. Hierfür sind die Voraussetzungen andere, als in einer nationalistischen Denkweise weiterzuagieren.

Unseren Landwirten muß die weitgehend vorhandene Existenzangst genommen werden. Die Zukunftsaussichten sind nicht so hoffnungslos, wie viele Landwirte heute glauben. Langfristig gesehen ist es sogar durchaus denkbar, daß für einige landwirtschaftliche Erzeugnisse die jetzige Anbieterposition in eine Nachfragesituation umgekehrt wird. Milch z. B. werden wir immer nötig haben und auch Fleisch. In diesem Sinne muß der Landwirtschaft das weitge-

hend verlorengegangene Selbstvertrauen wiedergegeben und das in Versammlungen so oft hörbare „Es hat ja doch keinen Zweck mehr“ in neue Hoffnung umgewandelt werden.

Aus der vorgenommenen Analyse wird deutlich, daß wir erst am Anfang eines in Zukunft sich vor uns abrollenden Geschehens stehen. Das gilt auch für die Beschlüsse des Rates vom 25. März 1971. Sie sind für den Beginn brauchbar und ausreichend für vier Jahre. Noch vor Ablauf dieser vier Jahre müssen wir weiter sehen. Der zukünftige Fortschritt wird sehr stark davon abhängen, stärker als vorher, wie die Europäische Gemeinschaft sich als Ganzes politisch entwickelt. Das Vorankommen ausschließlich auf dem Gebiet der Agrarpolitik wird stets schwieriger werden. Das Schicksal der Landwirtschaft ist deshalb sehr eng mit dem der Gemeinschaft als solcher verbunden.

Erzwungene Solidarität

Unter Anwendung wirtschaftlich und politisch wirksamer Maßnahmen wird sich aber das Bild der Landwirtschaft in positivem Sinne ändern; ohne solche Maßnahmen wird die Landwirtschaft immer mehr zu einem absterbenden Gewerbe. Sie zu einem absterbenden Wirtschaftsbereich werden zu lassen, können wir uns nicht leisten, ohne schwerwiegende Folgen für den Bestand der gesamten Gemeinschaft befürchten zu müssen. So bleibt uns nichts anderes übrig, als voranzuschreiten. Deshalb ist der Beschluß des Rates zur Einleitung einer europäischen Strukturreform für die Landwirtschaft auch als eine Art erzwungener europäischer Solidarität zu bewerten. Jedenfalls haben wir es erreicht, daß erstmalig die reichen Länder der Gemeinschaft zusätzlich Mittel für die ärmeren zur Verfügung stellen.

Worauf es jedoch in der Landwirtschaft wie in keinem ande-

ren Wirtschaftszweig ankommt, ist, junge und tüchtige Betriebsleiter in genügender Zahl in der Landwirtschaft zu behalten. Dafür muß der Beruf eines Landwirts anziehend gestaltet werden.

Wir benötigen eine bessere Mobilität des Bodens hin zum jungen und unternehmungsfreudigen Betriebsleiter, der in die Lage versetzt werden muß, diesen Boden langfristig zu pachten oder sich anzueignen. Die Betriebe selbst müssen groß genug sein, um ein gehöriges Produktionsvolumen und einen heutigen Ansprüchen entsprechenden Umsatz erzielen zu

können. Sie müssen modernisiert werden, um Arbeitskraft und Arbeitszeit einzusparen.

Zur Verwirklichung bedarf es umfangreicher Investitionshilfen zu für die landwirtschaftlichen Verhältnisse tragbaren Zinssätzen. Als Ergebnis erwarten wir nach Durchführung unserer Pläne ein Einkommen für die Landwirtschaft auf gut geleiteten Betrieben, das allen Ansprüchen unserer modernen Industriegesellschaft genügt.

Diese Zielsetzung kommt in letzter Konsequenz in den Beschlüssen des Rates vom 25. März noch nicht zum Ausdruck. Der Rat hat lediglich

einen Schritt in die gute Richtung getan. Weitere Schritte müssen folgen, um das Ziel einer in unsere Industriegesellschaft voll integrierten Landwirtschaft zu erreichen. Dazu gehört auch, daß die Landwirtschaft stärker für ihren eigenen Markt verantwortlich und zuständig wird. Dieses Recht nehmen auch alle anderen Produzenten in der Industrie für sich in Anspruch. Die Anstrengungen der EWG-Kommission werden weiter dahin gehen, die Landwirtschaft in politischer und wirtschaftlicher Hinsicht zu einem vollwertigen Glied unserer Gemeinschaft werden zu lassen.

Ich sehe keine Strukturprobleme

Interview mit Edmund Rehwinkel, Westercelle

Herr Rehwinkel, Bauerdemonstrationen gehören schon fast zur Tagesordnung. Worin sehen Sie die wichtigsten Ursachen für die gesteigerte Unzufriedenheit unter den Landwirten?

Das ist sehr einfach. Die landwirtschaftlichen Erzeugerpreise haben sich nach der Indexrechnung von 1951/52 bis Februar/März 1971, d. h. ohne Mehrwertsteuer, nur um etwa 10% erhöht. Sie sind also praktisch seit 20 Jahren eingefroren bzw. absichtlich eingefroren worden.

Die industriellen Erzeugerpreise erhöhten sich dagegen nach der Indexberechnung von 1951/1952 bis 1969/70 — auch ohne Mehrwertsteuer — um etwa 22% und heute wohl noch erheblich mehr, obgleich man bei dem technischen Fortschritt und den Rationalisierungsgewinnen gerade der industriellen Wirt-

schaft statt Preiserhöhungen jährliche Preissenkungen hätte erwarten dürfen. Das ist immer mein Vorwurf an die gewerbliche Wirtschaft gewesen, daß trotz Marktwirtschaft und technischer Revolution in den letzten 25 Jahren so gut wie nichts billiger geworden ist.

Als Drittes sind noch die Bruttostundenverdienste aller Industriearbeiter zu erwähnen. Sie sind von 1951 bis Oktober 1970 um 327% gestiegen und dürften seit den letzten Lohnerhöhungen noch höher liegen. Und schließlich sind die Handels- und Verarbeitungsspannen für landwirtschaftliche Erzeugnisse mit den Lohn- und Kostensteigerungen im gleichen Schritt und Tritt mitgestiegen. Das sind also die Ursachen, warum die Bauern — mit Recht — demonstrieren. Denn der Vergleich zeigt, daß sie außerhalb der

Volkswirtschaft stehen und deshalb nicht zurechtkommen.

Preisdruck durch US-Subventionen

Die Landwirtschaft wird aber praktisch schon seit 90 Jahren oder länger außerhalb der Volkswirtschaft gehalten. Glauben Sie, daß die Landwirtschaft in der Vergangenheit höhere Preise erzielt hätte, wenn sie marktwirtschaftlich organisiert gewesen wäre?

Nein. Wir haben Marktwirtschaft immer nur dann gehabt, wenn auf dem Weltmarkt alles zu kaufen war. Als während und nach dem Ersten Weltkrieg eine Verknappung eintrat, wurden für uns Zwangspreise eingeführt. Als die Not dann ein Ende hatte und es auf dem Weltmarkt alles wieder gab, hat man uns wieder freie Preise gegeben. Es kam

die Zeit des Dritten Reiches, und dort hatten wir erst eine Planwirtschaft, und aus der Planwirtschaft wurde während des Krieges eine Zwangswirtschaft. Nach dem Kriege bestand bis etwa 1950/51 eine totale Zwangswirtschaft.

Erst 1951/52 gelang es uns, unsere Erzeugerpreise, vor allem die Getreidepreise, auf den Stand des Weltmarktes, d. h. der damaligen amerikanischen Preise, heraufzusetzen. Die Preise sind inzwischen auf dem Weltmarkt wieder zurückgegangen. Wir konnten nämlich nicht voraussehen, daß die Amerikaner, die vor dem Kriege und während des Krieges ihre Landwirtschaft subventioniert hatten, ihre Vorräte auf den Weltmarkt werfen würden, daß sie aber ihre Erzeugung und die Ausfuhr weiterhin subventionieren würden. Sonst hätten wir eine Normalisierung erlebt; sonst hätte eintreten können, daß man auch in einer Marktwirtschaft mit der Landwirtschaft zurande kommen kann.

Aber in all diesen Jahren hat sich die Struktur in der Landwirtschaft nicht grundsätzlich geändert?

Doch, wir hatten schon vor 30–40 Jahren ungefähr 800 000 kleine Nebenerwerbslandwirte – Feierabendbauern haben wir sie damals genannt. Von diesen haben etwa 650 000 die Landbewirtschaftung aufgegeben. Heute haben wir etwa 600 000 durchweg größere Nebenerwerbslandwirte – Wochenendlandwirte – und 200 000 bis 300 000 sog. Zuerwerbslandwirte, die 30–50% ihres Einkommens anderswo verdienen und im Sommer ihre Höfe bewirtschaften.

Ruin durch gewerbliche Betriebe

Sind diese vielen Wochenendlandwirte nicht eine Ursache da-

für, daß die Vollerwerbsbetriebe teilweise in den roten Zahlen stehen, da sie diesen Produktionsmöglichkeiten nehmen und die Preise verderben?

Nein, von dorthier kommt weder eine Überproduktion noch eine übermäßige Konkurrenz für die vollbäuerlichen Betriebe. Die Preise des letzten Jahres wurden durch die übertriebene Eierzeugung, Hähnchenmast und Schweinemast von etwa 15 000 gewerblichen oder halbgewerblichen Betrieben in Deutschland, Holland und Belgien ruiniert.

Sie sind also ein Gegner der großen gewerblichen Veredelungsbetriebe?

Ja, sie sind der Ruin der bäuerlichen Vollerwerbsbetriebe.

Die landwirtschaftlichen Nebenerwerbsbetriebe führen aber doch letztlich dazu, daß das Angebot auf dem Markt im Vergleich zur Nachfrage weiterhin relativ groß ist. Sie schädigen also mit dieser Politik a) die Großerwerbsbetriebe oder die gewerblichen Betriebe und b) Ihre eigene Preispolitik. In der EWG wird man sich aber zu Preiserhöhungen nur dann durchringen, wenn der umgekehrte Fall einer Übernachfrage vorherrscht.

Utopische Überproduktion

Ja, und dieser Fall wird auch bald eintreten. Wo sind denn die Mansholtschen Vorstellungen von der Überproduktion geblieben? Die Berge sind verschwunden. Wir haben heute noch 22 000 t Butter, 12 000 t davon sind Berlinreserven. Und ich glaube auch nicht, daß die Butterproduktion zukünftig wieder stark steigen wird. Wir haben auch keine Getreideüberproduktion...

... wenn aber Ihre Vorstellungen verwirklicht werden und die Nebenerwerbslandwirte alle in die Getreideproduktion gehen,

dann ist doch nicht auszuschließen, daß wir über kurz oder lang einen Weizenberg haben.

Die Nebenerwerbslandwirte bestellen ja seit eh und je ihre Äcker – nur extensiver als früher. Die Getreideüberproduktion war und ist also eine Utopie. Wir hatten wohl einen Weizenüberhang, aber dafür einen starken Mangel an Futtergetreide und Eiweißfuttermitteln, der auch heute noch besteht. Von mir stammt deshalb auch der Vorschlag, die Futtergetreidepreise an die Weizenpreise heranzuziehen, dann braucht der Weizen nur durch Eosin rotgefärbt zu werden und dann kostet das nur ein paar Millionen anstatt ein paar hundert Millionen für die Ausfuhr.

Wenn keine „Berge“ bestehen und sogar – nach Ihrer Meinung – eine Übernachfrage in Aussicht ist, könnte man doch sämtliche Marktordnungen aufheben. Sind Sie überzeugt, daß Sie dann höhere Preise bekommen?

Nein, weil die Amerikaner den Anbau und auch die Ausfuhr subventionieren und wir dann nur noch mehr an pflanzlichen Futtermitteln und tierischen Produkten einführen.

EWG erweitern und abriegeln

Und wenn wir annehmen, die EWG würde sich gegenüber amerikanischen und kanadischen Importen abschließen?

Dann ja. Vor allem wenn die Engländer ohne ihre Dominions und die Dänen und Norweger dazukommen würden, könnten wir sehr viel höhere Preise erzielen.

Das Patentrezept für die europäische Landwirtschaft wäre also: Erweiterung der EWG um Großbritannien, Irland, Dänemark und Norwegen; Abschließung der EWG nach außen; Einführung der freien Marktwirt-

schaft — und Mansholt wird arbeitslos.

Nicht ganz so, aber Abriegelung des vergrößerten Europa gegen die sozialen und monetären Dumpingausfuhren einer Anzahl von Überseeländern. Dann würden die Bauern Europas ganz von selbst am allgemeinen Aufschwung der Volkswirtschaft teilnehmen.

**Hauptproblem:
Preis-Kosten-Verhältnis**

Dürfen wir daraus schließen, daß Sie in der Landwirtschaft überhaupt keine Strukturprobleme sehen?

Ich sehe keine Strukturprobleme. Von den Strukturproblemen ist in den letzten Jahren viel zuviel geredet worden, um von dem Preis-Kosten-Problem abzulenken. Sie haben sich ja in Wirklichkeit dadurch gelöst, daß die Leute Nebenerwerbslandwirte und Zuerwerbslandwirte geworden sind und z. T. noch werden.

Man hat auch ganz falsche Vorstellungen über die Zahl der Menschen, die noch in der Landwirtschaft tätig sind. Seit 1949 sind 60% der Beschäftigten ausgeschieden. Nach der Statistik sind heute noch 2,2 Mill. Menschen in der Landwirtschaft tätig, aber 1,1 Millionen sind Hausfrauen, die sich ihrem Haushalt, ihren Kindern usw. widmen und teilweise etwas mithelfen. Und wenn Sie weiter bedenken, daß von den 1,1 Mill. männlichen Arbeitskräften 40% über 55 Jahre alt sind, dann sind es noch ungefähr 650 000 bis 700 000 auch anderswo voll einsatzfähige Menschen zwischen 18 und 55 Jahren. D. h. auf 100 ha kommen nicht mehr Beschäftigte als in den USA, in England oder in den anderen fortschrittlichsten Staaten.

Es ist also gar nicht so, daß noch Hunderttausende ausscheiden können. Nur eines ist noch

möglich, daß nämlich u. U. noch 150 000 Vollerwerbslandwirte sich einen Haupterwerb in der gewerblichen Wirtschaft suchen und Nebenerwerbslandwirte werden.

In dem unmittelbaren Einzugsgebiet von Hannover, Braunschweig, Celle und Hamburg gibt es für die Landwirte sicherlich immer die Möglichkeit, sich zu einem Nebenerwerbsbetrieb zu wandeln, weil eine industrielle Struktur da ist. Sie kennen aber die Beispiele von Neumünster, Oldenburg, dem Emsland und anderen Regionen in der BRD. Wenn Sie dort Landwirt sind, dann können Sie zwar sehr gern Nebenerwerbslandwirt werden wollen, aber Sie haben keine Möglichkeit dazu. Uns scheint, daß gerade hier begleitende Strukturmaßnahmen durchgeführt werden müssen.

Wir waren nie gegen begleitende Strukturmaßnahmen, also eine Verbesserung der Infrastruktur, Verlagerung von Industrien in ländliche Räume, bessere Verkehrsmöglichkeiten usw. Aber die Hauptsache bleibt nun mal ein ausgewogenes Preis-Kosten-Verhältnis.

Abwegige Strukturvorschläge

Dann trifft also trotz Mansholts Behauptung die Bauernverbände keine Schuld, weil sie den Landwirten seit Jahren die Wahrheit über die wirkliche Situation vorenthalten hätten?

Die Hauptschuld an der heutigen Lage der Landwirtschaft in allen EWG-Staaten tragen diejenigen, die den Vertrag von Rom unterzeichnet haben, die zwar ehrlichen Willens eine europäische Wirtschaftsunion wollten, aber nur einen übereilten gemeinsamen Agrarmarkt schufen.

An Mansholt bleibt die Schuld haften, daß er losmarschierte, ohne sich darum zu kümmern, ob in Richtung auf feste politi-

sche Bindungen, eine gemeinsame Währungs- und Konjunkturpolitik und die Harmonisierung der Steuer-, Sozial- und Beihilfenpolitik ähnliche oder überhaupt Fortschritte erzielt wurden. Als er merkte, daß das nicht der Fall war, schob er die Schuld nicht auf die Länderregierungen bzw. den Ministerrat — Herr Mansholt trägt nämlich die Schuld nicht allein —, sondern auf die Bauern und ihre Agrarstruktur und machte dann völlig abwegige Vorschläge zur Änderung der Agrarstruktur.

Plädieren Sie für eine Rückkehr zu einer nationalen Agrarpolitik, solange die EWG auf anderen wirtschaftspolitischen Gebieten keine Harmonisierung erreicht hat?

Nicht unbedingt. Wohl aber wäre ich für die Abschaffung des Grünen Dollars als Rechnungseinheit und vor einer Erweiterung der EWG für die Herstellung einer gemeinsamen europäischen Währung und für die Schaffung einer gemeinsamen Konjunktur-, Handels-, Steuer- und Sozialpolitik im Einvernehmen mit den beitragswilligen Ländern. Unter diesen Bedingungen bin ich nach wie vor durchaus für den europäischen Markt.

Sie sind also von dem Erfolg der ersten Stufe der Wirtschafts- und Währungsunion nicht so recht überzeugt?

Das dauert noch viel zu lange. Und warum hat man die vergangenen 12 Jahre nicht genutzt? Der Mansholt ist doch seinerzeit losmarschiert wie der General Paulus auf Befehl Hitlers nach Stalingrad. Und als er in Brüssel mit seiner Agrarpolitik allein dastand, mußte er plötzlich nicht mehr weiter. Hinzu kamen gewisse — selbst verschuldete — Überproduktionen, und dann fing er an, strukturpolitische Vorschläge zu machen. Strukturpolitik macht einer

immer dann, wenn er nicht mehr weiter weiß. Dann hat er nämlich 20 Jahre Zeit.

Senkung der nationalen Kosten

Welche Möglichkeiten sehen denn Sie, der Landwirtschaft nachhaltig zu helfen?

Meine Vorschläge an den Kanzler sind gewesen: Abschaffung des Grünen Dollars als Verrechnungseinheit, Abwehr überseeischer Dumpingimporte und Wiederherstellung eines vernünftigen Preis-Kosten-Verhältnisses für die Landwirtschaft und bis dahin nationale Kostensenkungen durch:

Übernahme der Restzahlungen des Lastenausgleichs durch den Bund und steuerliche Ver-

rechnung für die, die die gesamte Last schon bezahlt haben,

Wegfall oder Rückerstattung der fossilen Grundsteuer A,

die Übernahme von Wasserlasten der Betriebe in den Marschen und Flußniederungen durch Bund, Länder und Kommunen,

eine sofortige Erhöhung des Altersgeldes,

die beschleunigte Einführung einer berufsständischen Krankenversicherung,

die Wiedereinführung der Defizithaftung des Staates bei der Unfallversicherung,

eine Umschuldung aller zu untragbaren Zinsen aufgenommenen Agrarkredite und schließlich

Schutz der bäuerlichen Veredelung gegen alle Arten und Abarten der gewerblichen Veredelung.

Was halten Sie unter diesen Gesichtspunkten von den im April von der Bundesregierung getroffenen Maßnahmen?

Zu dem, was wir in Brüssel erreicht haben und was die Regierung uns jetzt geben will, möchte ich sagen, gut, aber zu wenig. Denn die Bundesregierung spart bei den Marktordnungsausgaben der EWG sicherlich 1,5–2 Milliarden DM ein, da sich die von Mansholt an die Wand gemalten Überschußberge plötzlich in kleine Häufchen aufgelöst haben bzw. gar nicht erst entstanden sind.

VERÖFFENTLICHUNGEN DES HWWA-INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG-HAMBURG

NEUERSCHEINUNG

MAX VON SCHINCKEL

hanseatischer Bankmann im wilhelminischen Deutschland

von **Elsabea Rohrmann**

Die vorliegende erste Biographie Max von Schinckels, eines bedeutenden Bankmanns im wilhelminischen Deutschland, zeigt anhand von wissenschaftlich analysiertem umfangreichem Quellenmaterial die enge Verknüpfung von Wirtschaft und Politik jener Epoche. Gleichzeitig wird deutlich, inwieweit trotz aller subjektiven Integrität die Auffassung Schinckels von Deutschlands Rechten, Pflichten und Stellung in der Welt ein Stück der Basis bildete, auf der „deutsche Hybris“ entstehen konnte.

Oktav, 340 Seiten, 1971, brosch. DM 42,60

VERLAG WELTARCHIV GMBH - HAMBURG

Die Lehren aus der bisherigen Entwicklung

Hans E. Buchholz, Braunschweig

Die in den Bauernunruhen der letzten Monate vorgetragenen Forderungen gipfelten in der Regel in dem Ruf nach sofortigen Agrarpreiserhöhungen in Größenordnungen von 10–20%. In der Abschlußdemonstration am 27. Februar 1971 in Bonn wurde dies von der Verbandsspitze dahingehend eingeschränkt, daß in den Ministeratsverhandlungen in Brüssel eine durchschnittliche Erhöhung der Agrarpreise um 10% im Wirtschaftsjahr 1971 angestrebt werden sollte. Darüber hinaus wurde gefordert, die Agrarpreise laufend den steigenden Kosten anzupassen, und für den Fall zukünftiger Änderungen der Währungsparitäten der Mitgliedsländer der EWG wurde die Aufrechterhaltung der nationalen Preisniveaus verlangt. Falls die geforderte Preiserhöhung auf EWG-Ebene nicht verwirklicht werden würde, sollten nationale Maßnahmen ergriffen werden, die eine direkte Einkommensverbesserung in den landwirtschaftlichen Betrieben ermöglichen¹⁾.

Begründung der Forderungen

Die Begründung für die in den Demonstrationen vorgebrachten Forderungen erfolgte in der Regel unter Hinweis auf die Agrarpreisentwicklung der letzten Monate und Heranziehung

von Vergleichen der Entwicklung der Indices für landwirtschaftliche Erzeugerpreise einerseits und der Preise für landwirtschaftliche Betriebsmittel andererseits. Es wurde angeführt, daß der Index der Erzeugerpreise gegenüber dem Vorjahr um 12,6 Punkte gefallen ist, während gleichzeitig der Index der Betriebsmittelpreise um 4,2% anstieg. In dieser Situation kämen selbst gut geführte Betriebe in Liquiditätsschwierigkeiten und könnten nicht mehr investieren. Weiterhin wurde damit argumentiert, daß eine 10%ige Erhöhung der Agrarpreise die Ausgaben der Verbraucher für ihre Lebenshaltung nur um 0,6% erhöhen würde.

Herangezogen wurde auch die öffentliche Anhörung vor dem Ernährungsausschuß des Bundestages im Februar dieses Jahres. Dort hätten alle Wissenschaftler betont, daß ohne Aufbesserung des Preiskostenverhältnisses selbst die besten Betriebe nicht mehr in der Lage sein werden, ihre Höfe wirtschaftlich weiter zu entwickeln²⁾.

Sind nun diese in den Demonstrationen genannten Gründe die tatsächlichen und alleinigen Ursachen für die Unruhe in der landwirtschaftlichen Bevölkerung?

Zunächst muß die oben zuletzt genannte Feststellung etwas korrigiert werden. Von sei-

ten der Wissenschaftler ist in der erwähnten Anhörung ein durchaus differenziertes Bild der Situation der landwirtschaftlichen Betriebe gezeichnet worden, und es hat auch nicht an Hinweisen gefehlt, daß unter der Zielsetzung eines Gleichgewichts der Agrarmärkte größere Preissteigerungen nicht zu verwirklichen seien, ohne in einen finanziellen Sumpf zu geraten.

Beurteilung der Preisentwicklung

Die in den Demonstrationen genannten Veränderungen der Preisindices sind zwar statistisch nachgewiesen. Dennoch reicht es nicht aus, weitreichende agrarpolitische Entscheidungen auf diese kurzfristigen Veränderungen der Preisindices abzustützen. Dazu wäre eine längerfristige Beurteilung und Analyse der Ursachen der Preisbewegungen erforderlich, und zum andern muß auch danach gefragt werden, welchen Einfluß diese Preisbewegungen nun tatsächlich auf die Erlössituation der Landwirtschaft gehabt haben. Ohne hier in eine tiefere Analyse der Preisentwicklung einsteigen zu können, soll auf die zwei wesentlichsten Punkte hingewiesen werden:

Der Preisrückgang ist zur Hälfte etwa auf die Senkung der administrierten Marktpreispreise im Anschluß an die Aufwertung der DM zurückzuführen.

¹⁾ Deutsche Bauernkorrespondenz, Jg. 24, Nr. 4, 1. 3. 1971, S. 45.

²⁾ Ebenda, S. 44.

□ In der zweiten Hälfte des Jahres 1970 setzte zusätzlich ein angebotsinduzierter Rückgang der Schweinepreise ein, von dem auch die Preise anderer tierischer Veredelungsprodukte nicht unberührt geblieben sind.

Für den aufwertungsbedingten Preisrückgang sind jedoch über eine Erhöhung des Mehrwertsteuersatzes für die Landwirtschaft und durch direkte Ausgleichszahlungen Kompensationen erfolgt. Diese Kompensationen sollen unter Berücksichtigung der Anpassungsfähigkeit der Landwirtschaft an das nun bestehende Preisniveau bis zum Jahre 1973 fortgesetzt werden. Danach sind strukturelle Hilfen möglich.

Der Rückgang der Preise für tierische Veredelungsprodukte dürfte im ersten Halbjahr 1971 seinen Tiefpunkt erreicht haben, so daß von nun an wieder eine Preiserholung erfolgt. Weiterhin ist festzuhalten, daß bei den pflanzlichen Produkten die Getreideernte des Jahres 1970 geringer ausgefallen ist. Dies hat jedoch mit dazu beigetragen, daß die Getreidepreise sich vom Interventionsniveau gelöst und während des ganzen Wirtschaftsjahres teilweise beträchtlich über den Interventionspreisen gelegen haben.

Schließlich ist für die zukünftige Entwicklung auch von Bedeutung, daß mit der Aufhebung der Festpreise für Trinkmilch und der Einführung eines Mindestpreissystems sich Möglichkeiten eröffnen, daß die landwirtschaftlichen Betriebe über verbesserte Verwertungspreise der Molkereien auch höhere Auszahlungspreise für Trinkmilch erzielen können.

Konjunktureller Preiseinbruch

Insgesamt kann man daher wohl sagen, daß die Entwicklung der Agrarpreise in den letzten neun Monaten als ein kon-

junkturer Preis einbruch zu betrachten ist und nicht als eine Dauererscheinung. Die verallgemeinernde Feststellung, daß selbst gut geführte Betriebe keine Entwicklungsmöglichkeiten mehr haben, muß daher als eine etwas vordergründige Argumentation aufgefaßt werden. In gut geführten Unternehmen muß ein gewisses Risiko mit-einkalkuliert werden, sie haben dafür im konjunkturellen Aufschwung die Möglichkeit, Gewinne zu realisieren. An dieser Stelle kann auch der verbandspolitischen Auffassung nicht gefolgt werden, daß die Agrarpreisänderungen den Lohnbewegungen in abhängigen Berufen gleichzusetzen seien.

Wenn nun die Meinung vertreten wird, daß der Bezug auf die aktuelle Preisentwicklung keine hinreichende Begründung ergibt, so muß man sich natürlich fragen, weshalb der Aufruf zu den Demonstrationen in der landwirtschaftlichen Bevölkerung dennoch eine so große Resonanz gefunden hat. Man könnte sich hier damit begnügen, auf den offenbar doch recht starken verbandspolitischen Einfluß hinzuweisen, und man könnte auch versucht sein, darin eine gewisse Auswirkung politischer Kräfte im Zusammenhang mit den damals gerade anstehenden Landtagswahlen zu sehen. Dies alles mag eine Rolle gespielt haben. Dennoch lag darin vermutlich nicht das Entscheidende.

Wandel in der Diskussion

Die tieferen Gründe für eine echte Unruhe und Unsicherheit in der landwirtschaftlichen Bevölkerung liegen m. E. in dem Wandel begründet, der in der agrarpolitischen Diskussion in den letzten drei bis vier Jahren stattgefunden hat. Die früher oftmals traditional bestimmte und emotional geführte Diskussion ist einer nüchternen und sachlicheren Betrachtung gewichen.

Dies läßt sich am besten daran demonstrieren, daß es noch im Jahre 1962 möglich war, die Ergebnisse einer Untersuchung über die zukünftige Entwicklung des Sektors Landwirtschaft³⁾, die, wie wir heute wissen, weitgehend zutreffend war, nicht zur Kenntnis zu nehmen oder gar zu verfälschen. Heute dagegen wird eine ebensolche Untersuchung, die in ihren Folgerungen vielleicht noch einschneidender als die damalige Studie ist, im offiziellen Agrarbericht der Bundesregierung veröffentlicht⁴⁾ und auch seitens der Betroffenen, d. h. der Landwirte bzw. der landwirtschaftlichen Verbände, sachlich diskutiert.

Es sei hier daran erinnert, daß die verschiedensten langfristigen Projektionen, die in der letzten Zeit gemacht worden sind, übereinstimmend ergeben, daß die Wertschöpfung der Landwirtschaft entweder stagnieren oder nur leicht zunehmen wird, während bei Annahme ungünstiger Voraussetzungen sogar mit einer Abnahme gerechnet werden könnte. Unter diesen Umständen ist eine Einkommenssteigerung der in der Landwirtschaft Beschäftigten nur dann möglich, wenn weiterhin eine große Zahl aus der landwirtschaftlichen Beschäftigung ausscheidet.

Die Schätzungen für den Zeitraum bis 1980 liegen hier in der Größenordnung um 1 Mill. Arbeitskräfte. Selbst dann würde der relative Abstand zu den Einkommen vergleichbarer Bevölkerungskreise nicht erreicht werden. Diese Erkenntnisse dringen erst jetzt mit ihrem vollen Gewicht in das Bewußtsein der Betroffenen ein. Dies löst die Unruhe im Berufsstand aus, zumal die Zahl der Lohnarbeitskräfte bereits sehr stark reduziert ist und die weitere Abnahme der

³⁾ Vgl. R. Plate, E. Woermann und D. Grube: Landwirtschaft im Strukturwandel der Volkswirtschaft. In: Agrarwirtschaft, Sonderheft 14, Hannover 1962.

⁴⁾ Drucksache VI/1800, Deutscher Bundesrat, 6. Wahlperiode, Bonn, 12. 2. 1971.

Beschäftigtenzahlen nur möglich ist, wenn unter Aufgabe ihrer Betriebe die Betriebsleiter selbst ausscheiden.

Buhmann EWG

In den folgenden drei Punkten soll versucht werden, Antworten zu finden auf die Frage, welche Lehren aus der bisherigen Entwicklung gezogen werden sollten:

Zunächst ist es sehr wesentlich, daß die begonnene Verschlichung der agrarpolitischen Diskussion weiter fortgesetzt wird. Dazu gehört u. a. eine objektive Beurteilung des preispolitischen Handlungsspielraums wie auch der seitens der Betriebe gegebenen Anpassungsmöglichkeiten. Dabei sollte vor allem stärker auf die regionalbedingten oder durch den Betriebstyp gegebenen Differenzierungen hingewiesen werden.

Weiterhin müßte man sich eingehender damit auseinandersetzen, was die Schaffung des gemeinsamen Marktes für die deutsche Landwirtschaft im Grunde bedeutet. Gegenwärtig ist es offensichtlich Mode, die EWG zum Buhmann für die Schwierigkeiten der Agrarpolitik zu machen. Dem kann nur insoweit zugestimmt werden, als infolge der Mitgliedschaft in der EWG viele Entwicklungen früher einsetzen und schneller ablaufen, als es ohne EWG wahrscheinlich der Fall gewesen wäre. In einer dynamischen Wirtschaft wären Anpassungsprozesse in der Landwirtschaft aber auch sonst nicht ausgeblieben. Die Tatsache, daß aufgrund der gegebenen produktionstechnischen Möglichkeiten nicht mehr als knapp 10% der Erwerbstätigen in unserem Lande benötigt werden, um die Nahrungsversorgung sicherzustellen, hat im Kern nichts mit der EWG zu tun.

Die günstigeren Voraussetzungen für das gesamtwirtschaftliche Wachstum im größeren Rah-

men der EWG schaffen andererseits bessere Bedingungen für den notwendigen Transfer von Erwerbstätigen aus der Landwirtschaft in andere Bereiche der Volkswirtschaft. Wenn man also dem Prinzip des europäischen Marktes zustimmt und darüber hinaus die politische Notwendigkeit dieses Zusammenschlusses anerkennt, dann kann die weitere Diskussion eigentlich nur noch darum gehen, wie manche, während des Integrationsprozesses nicht immer auszuschließende Härten gemildert werden können.

Vermeidung von Paritätsänderungen

Zweitens stellte der durch die Aufwertung der DM ausgelöste Preis- und Erlösrückgang im Agrarsektor in der Tat einen beträchtlichen Einschnitt dar. Der Bundesrepublik wurden aber für die folgenden vier Jahre Ausgleichszahlungen zugestanden, die zur Erleichterung der Anpassung an die neuen Preisverhältnisse bestimmt sind. Diesen Zeitraum gilt es zu nutzen, denn danach sind allenfalls noch Strukturmaßnahmen als Ausgleich zugelassen. Andererseits werden jegliche Anpassungsmaßnahmen durch die unvorhergesehen starken Preissteigerungen in der gesamten Wirtschaft stark behindert. Es sieht so aus, als hätte die Bundesrepublik gegenwärtig und auf absehbare Zeit mit einer ebenso hohen Rate der Geldentwertung zu rechnen wie die übrigen Partnerländer in der EWG. Dadurch wird möglicherweise zwar eine erneute Aufwertung aus konjunkturellen Gründen vorerst vermieden. Von der Geldentwertung wird die Landwirtschaft im Grunde aber ebenso hart betroffen. Agrarpreiserhöhungen, die nicht über die jährliche Rate des Geldwertschwundes hinausgehen, sollte man sich daher nicht länger verschließen. Anreize zu einer unerwünschten

Produktionssteigerung werden davon nicht ausgehen.

Im übrigen muß der Prozeß der Annäherung an den Endzustand einer Wirtschafts- und Währungsunion nach Kräften gefördert werden. Nur wenn in Zukunft Währungsparitätsänderungen eines einzelnen Landes innerhalb der EWG vermieden werden können, ist eine geordnete Entwicklung des Agrarsektors der Gemeinschaft möglich. Die Erfahrungen mit den für den Agrarbereich getroffenen Regelungen im Anschluß an die Paritätsänderungen der DM und des französischen Franc im Jahre 1969 haben deutlich werden lassen, daß im Wiederholungsfall ziemlich sicher mit einem Auseinanderbrechen des gemeinsamen Agrarmarktes zu rechnen sein dürfte.

Drittens kann eine dauerhafte Verbesserung der Lage der Landwirtschaft nach wie vor nur im Wege des Strukturwandels erreicht werden. Dieser Prozeß muß daher mit den Mitteln der Strukturpolitik verstärkt gefördert werden. Dies ist keine neue Erkenntnis, aber der Vollständigkeit halber muß dies hier noch einmal gesagt werden. Daß hierbei sowohl regional-, sozial- und bildungspolitische Instrumente eingesetzt werden müssen, ist ebenfalls an anderer Stelle hinreichend oft gesagt worden, so daß auf weitere Einzelheiten verzichtet werden kann.

Versäumnis in Brüssel?

In Fortführung dieser Überlegungen kann man von den in Brüssel Ende März vom Ministerrat gefaßten Preisbeschlüssen insgesamt sagen, daß davon eine übermäßige Anhebung des Preisniveaus nicht ausgehen dürfte. Durch diese Preisänderungen wird eine Anhebung des realen Erzeugerpreisniveaus noch nicht erreicht, selbst wenn man in Rechnung stellt, daß bei den Preisen, über die keine Änderungsbeschlüsse gefaßt worden

sind, aufgrund der Marktlage mit einem Wiederanstieg zu rechnen ist.

Betrachtet man die vorgesehenen Änderungen im einzelnen, so muß man sich jedoch fragen, ob hier nicht eine Gelegenheit versäumt wurde, durch Änderungen im Preisgefüge erneuter Überschüßerzeugung vorzubeugen. Dies gilt insbesondere für den Getreidemarkt. Hier sind Richt- und Grundinterventionspreise bei Weizen um 3 % bzw. 2 %, bei Gerste um 5 % bzw. 4 % angehoben worden. Bei Mais wurde der Richtpreis lediglich um 1 % erhöht. Durch diese Preiserhöhungen gewinnt einerseits der Getreideerzeuger nur wenig. Andererseits bleibt auf der Verwendungsseite Importmais das preiswerteste Futtermittel. Die Verfütterung von einheimischer Gerste und Weichweizen wird somit erschwert, und der verminderte Absatz bei diesen

Produkten wird zunehmende staatliche Lagerhaltung, Denaturierung und Exporterstattungen zur Folge haben.

Zur Erreichung eines erwünschten Produktionsanreizes in der Rindfleischproduktion hätte es vielleicht sogar einer stärkeren Anhebung des Orientierungspreises bedurft, insbesondere als durch die gleichzeitige Erhöhung des Milchrichtpreises um 6 % sich an der Preisrelation zwischen den Konkurrenzprodukten Milch und Rindfleisch nicht viel ändert. Bei den Milchpreisbeschlüssen ist zudem zu fragen, ob der Richtpreis am Markt zu realisieren ist.

Die strukturpolitischen Beschlüsse weichen in der großen Linie nicht wesentlich von dem in der Bundesrepublik bereits existierenden, jedoch weiterreichenden einzelbetrieblichen Förderungs- und sozialen Ergänzungsprogramm⁵⁾ ab. Die da-

von ausgehenden Wirkungen sind also ähnlich zu beurteilen, wenn auch bei den anzustrebenden Zielgrößen noch Unterschiede vorhanden sind. Langfristig von größerer Bedeutung ist dagegen, daß mit den gefaßten Beschlüssen von der bisher ausgeübten Übung der ausschließlichen nationalen Kompetenz für die Agrarstrukturpolitik abgewichen und erstmalig gemeinsame Grundsätze eingeführt und, darauf gestützt, der Gemeinschaft eine gewisse Koordinierungsfunktion zugebilligt wurde. Damit kann vor allem erreicht werden, daß nicht mehr nur wie bisher Einzelprojekte in die Förderung einbezogen werden, sondern agrarstrukturelle Konzeptionen erarbeitet und aufeinander abgestimmt durchgeführt werden können.

⁵⁾ Ministerialblatt des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Jg. 23, Nr. 3, Bonn, 15. 2. 1971, S. 20-29; sowie G. Weinschenck und E. Reich: Das neue Förderungsprogramm für die Land- und Forstwirtschaft der BRD. In: Agrarwirtschaft, Jg. 19 (1970), S. 345-352.

Ergänzende Maßnahmen für die Landwirtschaft notwendig

Constantin Frhr. Heereman, Bonn

Die Landwirtschaft befindet sich seit 20 Jahren in einem Anpassungsprozeß, wie ihn kein anderer Wirtschaftsbereich in der Bundesrepublik zur gleichen Zeit erlebt hat. Jahr für Jahr scheiden hunderttausend und mehr Arbeitskräfte aus der Landwirtschaft aus und werden nicht durch junge, heranwachsende ersetzt. Mehr als 600 000 Betriebe haben in dieser Zeit die landwirtschaftliche Produktion aufgegeben.

In der gleichen Zeit hat die Landwirtschaft ihre Produktion um ein Drittel steigern können.

Durch eine Vervierfachung der Arbeitsproduktivität stieg auch das landwirtschaftliche Einkommen ganz beträchtlich. Die Einkommen in vergleichbaren Berufsgruppen nahmen jedoch noch stärker zu als in der Landwirtschaft. Die Landwirtschaft befindet sich daher in einem Wettlauf mit den übrigen Bevölkerungsgruppen wie zwischen Hase und Igel. Immer dann, wenn die landwirtschaftlichen Betriebe ein bestimmtes Niveau erreicht haben, ist die übrige Wirtschaft schon wieder in ihrer Einkommenslage ein Stück weiter.

Dabei haben die Landwirte ihre Arbeitsproduktivität in den letzten Jahren wesentlich stärker gesteigert als die übrigen Bereiche der Wirtschaft. In der letzten Fünf-Jahres-Periode hat nach den Unterlagen des Bundeswirtschaftsministeriums die Landwirtschaft ihre Produktivität pro Arbeitskraft real doppelt so stark gesteigert wie die übrige Wirtschaft.

Kosten des Anpassungsprozesses

Dieser Strukturwandel und Anpassungsprozeß, den die Landwirtschaft durchmacht, war ver-

bunden mit einer beträchtlichen Zunahme der Kapitalverschuldung. Die Landwirtschaft, die nach der Währungsreform schuldenfrei war, wälzt heute einen Schuldenberg von mehr als 29 Mrd. DM vor sich her. Die Landwirte selbst arbeiten härter und länger als alle anderen Berufstätigen in unserer Wirtschaft. Durchschnittlich arbeitet ein selbständiger Landwirt 10 Stunden pro Woche mehr als die sonstigen Selbständigen. Die 60-Stunden-Woche ist in der Landwirtschaft für die Selbständigen und ihre mitarbeitenden Familienangehörigen noch die Regel. Urlaub und Ferienmöglichkeiten, wie in anderen Bevölkerungsgruppen, sind für Landwirte nach wie vor die Ausnahme.

Dieser Anpassungsprozeß ist in den letzten zwei Jahren zusätzlich verschärft worden. Nachdem bereits im Jahre 1967 durch die Angleichung der Getreidepreise in der EWG die Landwirtschaft bei wichtigen Produkten Preiseinbußen von 10–13 % hat hinnehmen müssen (Getreide, Zuckerrüben), wurden im Zuge der DM-Aufwertung aufgrund der Bindung der europäischen Agrarpreise an die gemeinsame Rechnungseinheit neue Preissenkungen für die deutsche Landwirtschaft wirksam.

Steigende Kosten

Diese Preiseinbußen sind zwar durch den Aufwertungsausgleich für einen Zeitraum von vier Jahren — allerdings degressiv gestaffelt — zu einem großen Teil ersetzt worden. Die Landwirte spüren jedoch, daß auf der anderen Seite die Kosten für gewerblich hergestellte Betriebsmittel in einem bisher nie gekannten Ausmaß gestiegen sind. Insbesondere die Kosten für langfristige Investitionsgüter wie Maschinen und Gebäude sind in zwei Jahren stärker gestiegen als in 10 Jahren vorher. Das Gleiche trifft für gewerbliche

Dienstleistungen, wie Unterhaltungen von Maschinen und Gebäuden, zu. Gleichzeitig erleben die Landwirte, daß im Zuge der Hochkonjunktur die Einkommen der übrigen Sozialgruppen in unserer Gesellschaft noch stärker steigen. Allein die Effektivverdienste der Arbeitnehmer haben im vergangenen Jahr um 14 % zugenommen. Die Steigerungsraten für das laufende Jahr werden sicherlich nach den bisherigen Tarifabschlüssen höher liegen, als sie in den Orientierungsdaten der Bundesregierung (+ 8,5 %) angenommen worden sind. Gleichzeitig gehen die Kostensteigerungen weiter.

Die Landwirte spüren diese Kostensteigerungen einmal bei ihren Betriebsmitteln, aber zum anderen auch bei den Nahrungsgütern für die Lebenshaltung. Die Landwirtschaft ist aufgrund ihrer schwachen Marktlage nicht in der Lage, diesen Kostendruck, wie andere Sektoren, in den Preisen weiterzuwälzen. Es kommt hinzu, daß bei den unelastisch nachgefragten Nahrungsmitteln ein minimales Mehrangebot genügt, um einen unverhältnismäßig starken Preisdruck auszuüben. Insofern kommt in den Agrarpreisen heute nur der Grenznutzen zum Ausdruck. Das besagt, daß die Agrarpreise heute selbst die Kosten durchrationalisierter, hochtechnisierter Betriebe mit großen Einheiten nicht mehr zu decken vermögen.

Verunsicherung bei den Bauern

Die Landwirte spüren, daß bei einer inflationären Entwicklung, wie wir sie heute erleben, mit gewaltigen Preissteigerungen im gewerblichen Sektor und erheblichen Verbesserungen der Nominalinkommen in anderen Sektoren, sie trotz der bereits geschilderten hohen Steigerung der Arbeitsproduktivität im landwirtschaftlichen Bereich, trotz härtester Anstrengungen, trotz Mehrarbeit, nicht mehr Schritt

halten können. Diese Entwicklung wird besonders von den tüchtigen und jungen Landwirten gespürt, die gerne Landwirte bleiben möchten und über Unternehmensgrößen verfügen, die dem entsprechen, was von der Wissenschaft als langfristig dauerhaft und existenzfähig angesehen wird.

Diese Entwicklung hat zu einer verstärkten Unruhe in der Landwirtschaft geführt, die im Laufe des Winters in allen Gebieten der Bundesrepublik Deutschland zunahm, die sich aber auch in Frankreich, in Belgien und in den Niederlanden manifestiert hat. Während die Agrarpreise in der Bundesrepublik Deutschland sich noch auf dem Niveau von 1962 bewegen, sind aber in der gleichen Zeit die Nahrungsmittelpreise um ein Fünftel gestiegen.

Selbst fortschrittliche, tüchtige Bauern sind angesichts dieser Entwicklung verunsichert. Das gilt um so mehr, als sich noch nicht abzeichnet, ob und wie die Situation sich bessert. Selbst bei einer Normalisierung der Preissteigerungsrate und bei einer Abkühlung der Konjunktur ist nicht damit zu rechnen, daß die hohen Steigerungsraten, die bei den Investitionsgütern eingetreten sind, rückgängig gemacht werden können. Andererseits sehen die Landwirte, daß sie weitere Kapitalinvestitionen vornehmen müssen, wenn sie den Verlust an Arbeitskräften wettmachen und ihre Einkommen steigern wollen.

Unzureichende Maßnahmen

Auch die am 25. 3. vom Ministerrat beschlossenen Maßnahmen sind nicht geeignet, die Unruhe der Landwirtschaft auf die Dauer zurückzuhalten. Sicherlich ist für Produkte wie Rindfleisch und Milch eine Preisverbesserung erzielt worden, die begrüßt werden kann. Hier sind

den Futterbaubetrieben, die bisher schon nicht auf der Sonnenseite standen, Einkommensverbesserungen zugeflossen. Langfristig dürften jedoch diese Maßnahmen nicht ausreichen. Bereits der Agrarbericht der Bundesregierung rechnet unter sehr günstigen Annahmen damit, daß die Vorleistungen der Landwirtschaft von 1969/70 auf 1970/71 um 1 Mrd. DM ansteigen werden. Einschließlich der Kosten für höhere Nettoinvestitionen und der infolge des höheren Fremdkapitals gestiegenen Schuldzinsen ergeben sich von Dezember 1969 bis Dezember 1970 auf das Jahr bezogen zusätzliche Belastungen in Höhe von rd. 2 Mrd. DM.

Die Landwirtschaft dürfte kaum in der Lage sein, den starken Kostenanstieg aufzufangen und gleichzeitig auch noch Einkommenssteigerungen von 10, 12, 14 % einzuholen, die in anderen Sektoren erzielt wurden. Die Steigerungen der Arbeitsproduktivität in der Landwirtschaft, die erheblich über das hinausgehen, was andere Wirtschaftsbereiche aufzuweisen haben, dürften nicht ausreichen, den Einkommensabstand wesentlich zu vermindern. Von 1968/69 auf 1969/70 ging der AK-Besatz bereits um 9 % zurück. Das ist mehr als sonst in zwei Jahren erreicht wurde. Für 1970/71 rechnet das Bundesernährungsministerium mit einem Rückgang von 7 %. Unterstellt man für 1971/72 einen Rückgang des AK-Besatzes um weitere 7 %, nimmt man weiterhin an, daß die Preise für die nicht durch Marktordnung gebundenen Produkte (Schweine, Kartoffeln usw.) sich normalisieren, und legt man für die Steigerungen der Löhne die in den Orientierungsdaten der Bundesregierung angenommenen Größen zugrunde, so dürfte der Einkommensabstand der Landwirtschaft sich 1971/72 trotz der Erhöhung der Preise für Milch und Rindfleisch auf 30 % ausweiten.

Das heißt, daß gegenüber 1969/1970 die Spanne von 17 % auf 30 % zunehmen wird. Auch durch die beschlossenen ergänzenden Maßnahmen der Bundesregierung ändert sich an dieser Entwicklung nichts Wesentliches.

Forderungen an die Agrarpolitik

Die Agrarpolitik muß, wenn sie wirksam sein will, wie folgt ausgerichtet sein:

Die leistungsfähigen Vollerwerbsbetriebe müssen mit globalen Maßnahmen der Preis-, Einkommens-, Kredit- und Steuerpolitik in die Lage versetzt werden, mit der allgemeinen Einkommens- und Wohlstandsentwicklung Schritt zu halten,

eine weitere Gruppe von Betrieben bedarf zu den globalen Maßnahmen noch zusätzlich spezifischer Investitionshilfen (sogenannter gezielter oder selektiver Maßnahmen), um sich zu leistungsfähigen Unternehmen zu entwickeln,

eine Gruppe von Betriebsleitern bedarf zu den globalen Maßnahmen zusätzlich sozialer Hilfen oder Umstellungshilfen, um eine Existenz im außerlandwirtschaftlichen Bereich – mit oder ohne Verbindung zur Landwirtschaft – aufzubauen oder zu festigen.

Das heißt, daß die globalen Maßnahmen so ausgerichtet sein müssen, daß die erste Gruppe der Betriebe mit der Kostenentwicklung Schritt halten kann. Das ist bei den augenblicklichen Preisbeschlüssen nicht sichergestellt.

Selbst Mansholt hatte am 23. 3. zugegeben, daß er die möglichen Preiserhöhungen nicht für ausreichend hält, um den Kostenanstieg auszugleichen. Es bleiben daher im Augenblick nur einkommenswirksame Maßnahmen, wie Flächenausgleich und Mehrwertsteuererhöhungen, wenn man dem gesetzten Ziel nahekommen will. Die Erklärung

des Bundeskanzlers, daß die Landwirtschaft in vollem Umfang an der allgemeinen Einkommens- und Wohlstandsentwicklung teilhaben soll, ist sicherlich ernst gemeint. Die Bundesregierung wird sich daher bekennen müssen; die Beschlüsse des Bundeskabinetts vom 5. April 1971 steilen, da sie nur auf ein Jahr begrenzt sind und noch nicht die Mehrwertsteuer umfassen, nur einen ersten Schritt dar.

Eigenanstrengungen der Landwirtschaft

Die Landwirtschaft ist sich darüber im klaren, daß auch von ihr weitere Anstrengungen gefordert werden. Sie weiß, daß das Ziel nicht in 2 oder 3 Jahren erreicht werden kann. Aber ohne entscheidende ergänzende Maßnahmen wird die Landwirtschaft noch mehr zurückfallen. Die Kosten- und Preisexplosion trifft die Landwirtschaft härter als andere Wirtschaftszweige. Die Möglichkeiten, Kostenerhöhungen in den Preisen weiterzugeben, sind in der Landwirtschaft so gut wie nicht gegeben. Das gibt aber niemanden das Recht, die Stabilitätssünden anderer der Landwirtschaft aufzuladen. Bundesregierung und Ministerrat müssen sich entscheiden, welchen Weg sie gehen wollen. Sie werden sich vor der Entscheidung nicht drücken können.

Niemand wird damit rechnen können, daß die Verhältnisse in der Landwirtschaft sich schon zurechtziehen werden. Trotz des Strukturwandels und übermenschlicher Anstrengungen rückt das Ziel für die Landwirtschaft in weitere Ferne. Das kann keine Regierung wollen. Auch die noch so prekäre Haushaltslage wird die Bundesregierung nicht davor bewahren können, wenn sie sich nicht untreu werden will, entweder den Verbraucher oder den Steuerzahler zur „Wiedergutmachung“ heranzuziehen.